

„Zwang ist ein brutales Wort“

Göttinger OB-Kandidaten positionieren sich zu Grundsteuer, Wohnraum und Fernwärme

Von Tobias Christ

Göttingen. Wie wollen die Oberbürgermeisterkandidaten Onyeka Oshionwu (Bündnis 90/Die Grünen), Florian Dinger (SPD) und Ehsan Kangarani (CDU) den Wohnungsmarkt in Göttingen vorantreiben? Die Verfehlung der Klimaziele, ein möglicher Zwang zum Fernwärmeanschluss und die schnellere Bearbeitung von Anträgen innerhalb der Bauverwaltung haben sie am Montagabend auf Einladung von Haus und Grund (H+G) diskutiert. Die Veranstaltung sei nur für Mitglieder gewesen, deshalb war der vierte Oberbürgermeisterkandidat Thomas Goes (Die Linke) nicht dabei, teilt H+G auf Anfrage mit. Hitzig wurde das Gespräch, als es um die Grundsteuererhöhung ging.

Die Stadt Göttingen hatte sich zur Aufkommensneutralität verpflichtet, als die Grundsteuer zum 1. Januar 2025 neu berechnet werden musste. Das heißt, die Verwaltung darf dadurch nicht mehr Einnahmen generieren als im Jahr zuvor. 30 Millionen Euro sind im Jahr 2025 durch die Grundsteuer zusammengekommen, das sind 1,9 Millionen Euro weniger als noch 2024. Im Februar entschied der Rat der Stadt, den Grundsteuer-Hebesatz von 735 auf 782 Prozent anzuhäufeln, um die Differenz auszugleichen.

Grundsteuererhöhung ist ein Strohhalmen

Die Stadt hatte das vergangene Jahr mit 100 Millionen Euro Defizit abgeschlossen. „Die 100 Millionen werden von eigener Kraft nicht erwirtschaften können“, erklärte Oshionwu. Die Grundsteuererhöhung werde jeden etwa 50 Euro mehr im Jahr kosten. „Das ist für mehr als eine Handvoll Menschen zu viel“, meinte Kangarani. Der Beschluss sei trotz Gegenstimmen der CDU demokratisch gefällt worden. Dennoch: „Ich bin der festen Überzeugung, dass ein Herumschrauben an der Grundsteuer der falsche Weg ist“, sagte er.

„Die Grundsteuer ist eine reale Belastung“, sagte Dinger. „Es gibt einige, die jetzt mehr zahlen als vorher.“ Aber wenn man sich gemeinsam auf die Aufkommensneutralität einigt, „sollte man das beibehalten“. „Wir haben das Versprechen gegeben, das aufkommensneutral zu lassen“, erklärte auch Oshionwu, die einen Lösungsansatz parat hatte: Ein geförderter Balkonkraftwerk beispielsweise könne den Bürgern mehr Geld sparen, als die Grundsteuererhöhung sie koste.



Diskutieren über Immobilien Themen: Die Göttinger Oberbürgermeisterkandidaten Onyeka Oshionwu (Bündnis 90/Die Grünen), Florian Dinger (SPD), Ehsan Kangarani (CDU) und Moderator Dieter Hildebrandt (von links). FOTO: NIKLAS RICHTER

„Balkonkraftwerk, Aufkommensneutralität, das interessiert die Leute nicht. Die sind sauer“, entgegnete Kangarani und erntete dafür Applaus aus dem Publikum. „Den Leuten kann man das nicht erklären, warum wir an ihr Geld wollen.“



Privatleute sind die einzigen, die bei den Klimazielen vorangekommen sind. Dabei müsste die Stadtverwaltung eigentlich Vorreiter sein.

Onyeka Oshionwu, OB-Kandidatin der Grünen

Einig waren sich die drei Oberbürgermeisterkandidaten, dass die Wohnraumagentur weiterhin finanziell unterstützt werden soll. „Es zeigt sich, dass die Nachfrage groß

ist, wenn genug Alternativen für Wohnraum geschaffen werden“, sagte Oshionwu. Doch nicht nur Mieten, auch Bauen sei wichtig. „Dass die Leute mehr bauen, funktioniert nur, wenn wir die Anträge schnell bearbeiten können“, sagte Kangarani. Deshalb müsse die städtische Bauverwaltung effizienter werden. Das stehe im Vordergrund, meinte Oshionwu. „Wenn man Vorschläge der Mitarbeiter umsetzen kann, die gut sind, sollte man das tun“, fügte sie hinzu. Es gebe ganz viele gute Ideen von Leuten, die seit Langem im Thema sind. „Die müssen wir unterstützen.“

Er wünsche sich, dass das Rathaus als „Möglichmacher“ angesehen werde, sagte Dinger. Deshalb sollten im Rahmen der Bauverwaltung größere Entscheidungsräume möglich werden, denn „große Systeme sind häufig träger“. Dafür müssten die Arbeitsbedingungen verbessert und Abläufe beschleunigt werden, sagte Kangarani. „Wenn wir das verbessern, dann wird es insgesamt auch besser.“ Entscheidend für die drei Kandidaten ist dabei die Gesetzeskonformität einer möglichen Erweiterung der Entscheidungskompetenzen.

Für die Klimaziele der Stadt ist ein Ausbau der Fernwärme wichtig. Allerdings sei „die Nachfrage da-

nach nicht groß genug“, leitete Moderator und H+G-Vorsitzender Dieter Hildebrandt die nächste Frage nach einem Anschlusszwang für Fernwärme ein.

„Man muss anerkennen, dass die Klimaziele bis 2030 unrealistisch sind“, gab Dinger zu. „Wir tun nicht gut daran, gleich die nächste Jahreszahl in den Raum zu stellen. Wir müssen vielmehr etwas tun.“ Oshionwu ergänzte: „Privatleute sind die einzigen, die bei den Klimazielen vorangekommen sind. Dabei müsste die Stadtverwaltung eigentlich Vorreiter sein.“

Die Kommunikation und Information der Bürgerinnen und Bürger müsse deutlich verbessert werden. „Wenn man nicht weiß, ob und wann die Fernwärme in der eigenen Straße ausgebaut wird, ist das schwierig“, sagte sie.

Fernwärme sei eines der wichtigsten Themen, meinte Kangarani. Die Frage sei, wie man Menschen dazu bringen könne, sich an das Netz anschließen zu lassen. „Wir können die Straßen nur aufreißen und massive Investitionen tätigen, wenn wir wissen, dass sich die Leute anschließen lassen“, sagte der Christdemokrat. Eine Möglichkeit sei über eine Anschlusszwangslegung. Wenn die eigene Gasheizung

kaputtgehe, werde man dadurch verpflichtet, zukünftig Fernwärme zu nutzen, nannte er als Beispiel. Aber: „Zwang ist ein brutales Wort.“

„Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder wir zwingen die Leute oder wir überzeugen sie“, meinte Kangarani. „Derzeit wird Zwang selten genutzt“, stellte er fest. Er persönlich wolle sich „da nicht positionieren“.

Fernwärme muss sozialverträglich sein

„Einen Anschlusszwang ohne gleichwertige Alternativen zuzulassen, kommt für mich nicht infrage. Das kann man niemandem vermitteln“, sagte Oshionwu. „Klimaschutz funktioniert nur, wenn wir alle mitnehmen können“, sagte Dinger. Er sprach sich auch gegen einen Anschlusszwang aus. Man könne die schlauesten Ideen entwickeln, wenn man die Menschen auf dem Weg der Umsetzung verliere, komme man Probleme, fügte er hinzu. Die Stadt müsse Fernwärme für alle auch sozial erreichbar machen. „Hausbesitzern und Vermietern zu große Anstrengungen verlangen, die dann zu sozialen Verwerfungen führen“, sagte Dinger.

Haltestellen werden umgebaut

Göttingen. Um Bushaltestellen für Menschen mit Behinderung besser nutzbar zu machen, baut die Stadt Göttingen die Haltestellen „Europa-Allee Eschenweg“, „Spranger Weg“, „Staufenberg“, „Hohler Graben“ sowie „Merkelstraße“ um. Die Haltestelle „Europa-Allee Süd“ wird dabei komplett neu gebaut.

Die Haltestellen sollen mit Sonderborden und Blindenleitplatten ausgestattet werden. Die Bauarbeiten beginnen und sollen voraussichtlich Anfang Juni abgeschlossen sein. Währenddessen werden die jeweiligen Gehwege gesperrt und die Fahrbahn in diesen Abschnitten eingengt sein.

Um Beeinträchtigungen zu vermeiden, werden für die Zeit des Neuaufbaus beziehungsweise Umbaus der jeweiligen Haltestelle in unmittelbarer Nähe Ersatzhaltestellen eingerichtet, teilt die Stadt mit.

Göttinger Tageblatt

CHEFREDAKTOR: Frank Schärer
 CHEFREDAKTORIN: Andrea Fuhmann
 LEKALIS, WERBUNGSDIREKTOR: Mark Bamby

Das Tageblatt erscheint in Zusammenarbeit mit dem Redaktionsnetz Deutschland
 Chefredaktion: Sven Oliver Clausen, Eva Guadagnoli
 Schriftleitung: Christof Lutz, Stephan M., Roman Sacher
 Mitglieder der Chefredaktion:
 Birgit Erdle-Sigal, Stefanie Gelsbach
 Nachrichtenredaktion: da, afu, rfr, epd
 30555 Hannover, August-Platz 1/1

ANZEIGENLEITUNG: Axel Pöschel (verantwortlich)

VERLAG: FRIEDRICHSDORF-VERLAG
 Göttinger Tageblatt GmbH & Co. KG
 Bismarckstraße 37/39 Göttingen
 HANNOVER: Wipacstraße 1, 30773 Göttingen

TELEFON: Verlag und Redaktion: (0551) 270-4900
 Telefonische Anzeigenannahme: (0551) 1234-4005
 GDS-Hotline: (0551) 1234-4116
 Vertriebsanschrift: (0551) 1234-321

TELEFAX: (0551) 901-3009

DRUCK: Druckzentrum Niedersachsen, Göttingen
 Göttinger Tageblatt, Göttingen

ONLINE: gotttinger-tageblatt.de
 INSTAGRAM: instagram.com/gotttinger-tageblatt
 FACEBOOK: facebook.com/gotttinger-tageblatt

Monatlicher Beitrag zur Finanzierung durch Zusteller für die gedruckte Zeitung 15,95 Euro (benötigt Zustellereinstellung und ggf. gültige Mehrwertsteuer) oder durch die Post 12,70 Euro (benötigt Antragsformular und gültige Mehrwertsteuer), die Charge 45 (Mehrwertsteuer) enthält (gültige Mehrwertsteuer). Zusätzliche monatliche Beiträge für den Export 4,00 Euro (benötigt Antragsformular und gültige Mehrwertsteuer). Abonnement können täglich mit einer Monatsfrist gekündigt werden. Im Fall früherer Kündigung und bei Änderungen des Adressbestandes kann Entschädigungsanspruch für unangeforderte eingeworfene Manuskripte, Bilder und Zeichnungen sowie Rückporto bestehen ist. Alle Rechte vorbehalten. Die Zeitung ist ein öffentlich-rechtliches Organ. Die Verantwortung für die Inhalte der Zeitung und alle anderen Beiträge und Abdrücke werden vollständig von den Verlegern übernommen. Dies gilt ebenso für die Aufnahme in elektronische Datenbanksysteme und die Vervielfältigung per CD/DVD.

Erfüllungsort und Gerichtsstand Hannover.
 ©/Alle Medienrechte unter www.medienrecht.de

Streit um Göttinger Zivilcouragepreis nach erneuter Absage

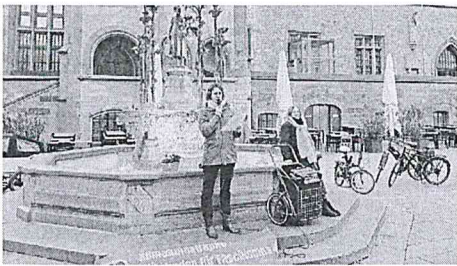
„Mangels geeigneter Vorschläge“ sagten Bürgerstiftung und Präventionsrat die Verleihung ab – Klimaschutzvergerben Alternativ-Preis an Aktivistin

Von Moritz Becker

Göttingen. Zum zweiten Mal in Folge ist die Verleihung des Göttinger Zivilcouragepreises ausgefallen. Die Veranstaltung sollte eigentlich am Donnerstagabend im Alten Rathaus stattfinden. Ausgerichtet von der Bürgerstiftung Göttingen und dem Präventionsrat für die Stadt Göttingen sollte der Preis an Menschen gehen, die von der Öffentlichkeit vorgeschlagen wurden.

„Mangels hinreichender geeigneter Vorschläge“ könne der Preis auch 2026 nicht verliehen werden, sagte Siegfried Lieske, Vorstandsvorsitzender der Bürgerstiftung Göttingen. Mit der gleichen Begründung wurde auch im vergangenen Jahr die Veranstaltung abgesagt.

Diese erneute Absage wollten die „Parents for Future Göttingen“ nicht hinnehmen. Die Klimaschutz-Initiative teilte zwei Tage vor der ursprünglich geplanten Preisverleihung mit, dass sie der Gynäkologin Merle Michaelens für ihre Teilnahme an Sitzblockaden der „Letzten Generation“ städtischen einen symbolischen Preis bei einer alternativen Veranstaltung verleihen wollen. Man habe Michaelens für den Zivilcouragepreis der Bürgerstiftung vorgeschlagen, die Jury habe den Vorschlag jedoch nicht berücksichtigt. Daher habe man sich für den Alternativen-Preis für die Klimaaktivistin entschieden. Lieske bestätigte auf Anfrage, dass Michaelens für den Preis



Merle Michaelens (l.) sprach in ihrer Dankesrede von ihrer stellvertretenden Funktion für die gesamte Klimaschutz-Bewegung. FOTO: ULRICH SCHWARDMANN

vorgeschlagen wurde. Sie sei wie alle Vorschläge der Jury vorgelegt worden. Ob sie als Klimaaktivistin der „Letzten Generation“ einen Preis erhalten solle, hätten die Jurymitglieder „kontrovers“ debattiert, erklärte Lieske. „Während Kritiker auf die Gesetzesverstoße und die Nötigung von Mitbürgern hinwies, haben andere aus einer moralphilosophischen und soziologischen Perspektive gewichtige Argumente für eine Preisverleihung an Merle Michaelens eingebracht.“

Michaelens gab an, vom Landgericht Berlin wegen „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte mit Gewalt“ und in Göttingen wegen „Nötigung mit Gewalt“ verurteilt worden zu sein. In einem Verfahren

sei sie zudem freigesprochen worden. Die Staatsanwaltschaft sei dagegen jedoch in Berufung gegangen. Weitere Verfahren seien eingestellt worden.

Am Ende habe sich die Jury nicht einigen können, auch nicht auf andere Preisträger. Ziel ist es jeweils, eine einvernehmliche Entscheidung über die auszuzeichnenden Menschen zu erzielen“, sagte Lieske. Ihm zufolge gab es in diesem Jahr insgesamt nur sehr wenige Vorschläge. „Wir haben Vorschläge bekommen zu wunderbaren Menschen, die sich für einen oder mehrere Mitmenschen in einzelnen Situationen oder auch über einen längeren Zeitraum eingesetzt haben.“ Dabei habe es sich aber vor allem um Ehrenamtliche gehan-

delt – für sie gebe es seit zwei Jahren in Göttingen stattdessen den Engagementpreis.

Andere vorgeschlagene Menschen zeigten Lieske zufolge mit ihrem Handeln eine „große menschliche Wärme und Empathie“. „Auch dieses Handeln ist hoch anerkennenswert, drückt aber nicht aus, was Zivilcourage ausmacht.“ Zivilcouragiertes Handeln zeichne sich für die Veranstalter, einerseits durch das öffentliche Eintreten für gesellschaftliche Grundwerte und andererseits durch die erwarteten Konsequenzen des Eingreifens“ aus, hieß es in der Preisausschreibung von Bürgerstiftung und Präventionsrat.

Die Ersatzveranstaltung am Gänseleise hätten die „Parents for Future“ erst wenige Tage vorher geplant, erklärten die Veranstalter. Ursula Schwardmann, die Michaelens vorgeschlagen und zusammen mit Ulrich Schwardmann und Regine Drewniak die symbolische Verleihung organisiert hatte, sagte während dieser. Die persönliche Rückmeldung seitens der Bürgerstiftung sei höflich, aber unkonkret ausgefallen. Für Drewniak sei das mutmaßlich größte Argument gegen die Auszeichnung Michaelens, die Strafverfolgung, nicht hinreichend. Dass man sich trotz des Risikos der eigenen Gefährdung für den Klimaschutz einsetzen, mache den Akt der Zivilcourage aus, erklärte sie. Michaelens müsse sich bereits vor Gericht für Straßenblockaden verantworten. Inwiefern

sie verurteilt wurde, ist nicht bekannt. In ihrer Laudatio am Donnerstagabend berichtete Ursula Schwardmann, wieso sie Michaelens vorgeschlagen habe. Sie selbst sei sowohl Zeugin der Sitzblockaden gewesen als auch der anschließenden Gerichtsprozesse gegen Michaelens. Dass deren Aktivismus nicht den Kriterien für Zivilcourage entspreche, was mutmaßlich zur Ablehnung führte, sei für Schwardmann nicht nachvollziehbar.

Michaelens Verhalten entspreche allen Voraussetzungen für Zivilcourage, sagte Schwardmann: Uneigennützigkeit, Standhaftigkeit und eine Vorbildfunktion. „In einer Zeit, in der der öffentliche Diskurs um die Klimakatastrophe oft von Polarisierung und Hass geprägt ist, zeigt Merle Michaelens, dass sie den Mut hat, unter persönlichen Risiken für wissenschaftliche Notwendigkeiten und globale Gerechtigkeit einzustehen.“ Für Ulrich Schwardmann war die Entscheidung der Bürgerstiftung keine angemessene Reaktion auf aktuelle politische Entwicklungen. Er zeigte sich empört. „Wenn eine Jury diese Veränderungen nicht wahrnimmt und ihre Entscheidung mit einer Störung des Rechtsfriedens begründet, muss ihr die Legitimität abgesprochen werden, einen Zivilcouragepreis zu verleihen.“

Ursula Schwardmann verwies zudem auf die Verleihung eines Zivilcouragepreises an Mitglieder der „Letzten Generation“ in Hameln.

Eine Auszeichnung Michaelens hätte Schwardmann zufolge ein wichtiges Signal sein können.

„Es ist mir fast ein bisschen unangenehm, dass ausgerechnet ich für eine ganz Bewegung ausgezeichnet werde“, begann Michaelens ihre Dankesrede. Sie sprach mit Blick auf die strafrechtlichen Konsequenzen von „juristischen Fehlentscheidungen“. Dass die Jury des Zivilcouragepreises den Vorschlag für eine Klimaaktivistin abgelehnt habe, sehe sie als sinnbildlich für eine schweigende Mehrheit in der Mitte der Gesellschaft. Die alternative Preisverleihung sei ein wichtiges Zeichen. „Wer sollte befugter sein, einen Zivilcouragepreis zu verleihen, als die engagierte Zivilgesellschaft selbst?“, fragte Michaelens.

Die Bürgerstiftung kündigte auf Tageblatt-Anfrage an, mit einer Kampagne mehr auf das Thema Zivilcourage aufmerksam machen zu wollen, um so den Preis bekannter zu machen und mehr Vorschläge zu erhalten. Warum es zuletzt so wenige waren, konnte sich der Vorstandsvorsitzende Lieske nicht wirklich erklären. „Wir sind uns sicher, dass es nach wie vor viele zivilcouragierte Menschen in Göttingen gibt.“ Auch sei geplant, die Kriterien für die nächste Ausschreibung zu überarbeiten – wie genau. Ließ er offen. „Parents for Future“ zeigten sich zudem offen für eine künftige Zusammenarbeit mit den Veranstaltern des Zivilcouragepreises.